



Der Kinderschutzbund
Landesverband
Schleswig-Holstein

Deutscher Kinderschutzbund LV SH e. V. * Sophienblatt 85 * 24114 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
Frau Katja Rathje-Hoffmann
Vorsitzende
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

per E-Mail:
sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1713

**Deutscher Kinder-
schutzbund**

**Landesverband
Schleswig-Holstein e. V.**

Sophienblatt 85
24114 Kiel
Telefon: 0431 666679-0
Fax: 0431 666679-16

info@kinderschutzbund-sh.de
www.kinderschutzbund-sh.de

Kiel, 30. Juni 2023

**Stellungnahme des DKSB LV SH zu
Kinderarmut beenden – gesellschaftliche und soziale Teilhabe von Kindern und
jungen Menschen gewährleisten**

Antrag der Fraktionen von SSW und SPD
Drucksache 20/781(neu)

Kinderarmut wirksam bekämpfen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 20/875

Sehr geehrte Frau Rathje-Hoffmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Kinderschutzbund Landesverband Schleswig-Holstein bedankt sich für die Möglichkeit, zu den oben genannten Anträgen Stellung nehmen zu können.

Stellungnahme

Der Kinderschutzbund begrüßt, dass sich die Landespolitik in Schleswig-Holstein intensiv mit dem Thema Kinderarmut beschäftigt, merkt aber gleichzeitig an, dass die Dimensionen von Armut und auch die Auswirkung auf die Bildung, Teilhabe und Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, die in Armut aufwachsen, seit Jahrzehnten bekannt sind.

Ein Erkenntnisproblem besteht demnach nicht – Bei Kinderarmut handelt es sich um ein strukturelles Problem, dass Bemühungen auf allen politischen Ebenen erfordert.

BANKVERBINDUNG

Förde Sparkasse
IBAN: DE76 2105 0170 0092 0360 78 BIC: NOLADE21KIE
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 74ZZZ00001003266

Finanzamt Kiel
St.-Nr. 20/290/81754

Mitglied im Dachverband
DER PARITÄTISCHE

Eine existenzsichernde Kindergrundsicherung, die den Namen auch verdient, bleibt bitter notwendig – und sie muss jetzt schnellstmöglich vom Bund umgesetzt werden.

Aber auch das Land muss reagieren: Für ein gutes Aufwachsen brauchen Kinder und Jugendliche neben einer finanziellen Absicherung auch ein gutes Lebensumfeld, das armutspräventiv wirkt und eine chancengerechte Infrastruktur vorhält. Geld- und Infrastrukturleistungen müssen sich im Kampf gegen Kinderarmut und gesellschaftliche Ausgrenzung ergänzen.

Zum Abbau von Kinderarmut fordert der Kinderschutzbund auf Landesebene:

- **Tatsächliche Lernmittelfreiheit:** Alle für den Schulalltag notwendigen Materialien kostenfrei!
- **Verbesserung der Kinder-Infrastruktur!** Die Kindergrundsicherung muss auf Landesebene durch den Auf- und Ausbau einer chancen- und bedarfsgerechten Infrastruktur in den Bereichen, Bildung, Freizeit, Sport und Kultur zur Armutsprävention begleitet werden.
 - Landesinvestitionsprogramm für benachteiligte Quartiere – in Stadt und Land
 - Gute KiTas – beitragsfrei
 - Ganztagsbetreuung im Grundschulalter – Land muss Rechtsanspruch kinderfreundlich umsetzen
(Konsequente Beteiligung der Kinder; Qualitätsstandards für Personal und Betreuungsschlüssel; Gesundes, kostenfreies Mittagessen; Individuelle und inklusive, qualitativ gute Förderung; Gute Verzahnung schulischer und außerschulischer Angebote)
 - Schule – Verbesserung der Chancengleichheit
(Kein Jugendlicher ohne Schulabschluss; Schulgesundheitsfachkräfte für alle Grundschulen; Digitales Lernen und Arbeiten in und außerhalb der Schule für alle ermöglichen; freie Verfügungsmittel für Schulen in Sozialräumen mit besonderen Herausforderungen)

ZUM ANTRAG DER FRAKTIONEN VON SSW UND SPD

Der Kinderschutzbund stimmt insbesondere der Aussage, dass der Beendigung von Kinderarmut „oberste Priorität im politischen Wirken auf allen staatlichen Ebenen zukommen“ müsse, zu. Auch die im Antrag benannten konkreten Maßnahmen wie der weitere Ausbau von Betreuungsangeboten und ein kostenfreier Zugang zu Bildung, Freizeit, Sport und Kultur finden die Zustimmung des Kinderschutzbundes, da neben der Kindergrundsicherung auf Bundesebene auch der landespolitische Spielraum genutzt werden soll.

Im Antrag wird eine Reform des heutigen Systems des Ehegattensplittings benannt. Der Kinderschutzbund sieht im Wegfall des Ehegattensplittings eine Möglichkeit zur teilweisen Gegenfinanzierung der Kindergrundsicherung.

Der letzte Punkt des Antrags benennt verschiedene Personengruppen – kinderreiche Familien, Menschen mit Behinderungen, etc. –, die bei allen Maßnahmen mitzudenken und zu beteiligen seien. Der Kinderschutzbund weist darauf hin, dass in dieser Aufzählung Kinder und Jugendliche selbst nicht benannt sind und wiederholt in diesem Zusammenhang die Forderung, die Landesverfassung um den Vorrang des Kindeswohls und das Recht auf Beteiligung zu erweitern, damit zukünftig Kinder und Jugendliche stärker in den Blick genommen werden.

ZUM ALTERNATIVANTRAG DER FRAKTIONEN VON CDU UND GRÜNEN

Der Kinderschutzbund stimmt der Problembeschreibung, dass Kinderarmut ein „strukturelles Problem“ sei, zu. Richtig ist, dass das Phänomen der Kinderarmut komplex ist und nicht isoliert betrachtet werden darf. Im Alternativantrag sind Sprachbarrieren oder Behinderungen explizit hervorgehoben – daneben gibt es aber weitere konkrete Risikofaktoren für ein Aufwachsen in Armut.

Im Alternativantrag ist die Rede von „möglichen neuen Initiativen zur Bekämpfung von Kinderarmut“. Aus Sicht des Kinderschutzbundes sind statt "möglicher neuer Initiativen" bereits bekannte Maßnahmen zum Abbau von Kinderarmut einzuleiten und/ oder zu stärken.

Der Kinderschutzbund unterstützt das Anliegen, dass sich die Landesregierung beim Bund für eine wirksame Reform der staatlichen Transferleistungen einsetzen soll. Dies gelingt nur durch eine echte Kindergrundsicherung.

Das wichtigste Kriterium muss dabei sein, dass diese wirklich armutsfest ist und Kinder aus Armut holt, d.h. die Höhe der Leistung ist entscheidend.

Im Kontext der staatlichen Transferleistungen wird im Alternativantrag betont, dass die Möglichkeit zur Arbeit und Motivation in Familien gesteigert werden müsse. Nach dem vom Kinderschutzbund präferierten Modell einer Kindergrundsicherung lohnt sich Arbeit immer finanziell für die Familien. Klar ist aber auch: Kinderarmut darf nicht als Erwerbsanreiz für die Eltern gedacht werden! Wir dürfen nicht Kinderarmut sehenden Auges beibehalten, nur aus Sorge,

dass andernfalls Eltern nicht mehr arbeiten würden. Außerdem weiß der Kinderschutzbund aus seiner täglichen Arbeit, dass es in den Familien in aller Regel nicht an *Motivation* mangelt.

Der Kinderschutzbund stimmt damit überein, dass die Teilhabe an Bildung, Freizeit, Sport und Kultur ermöglicht werden muss. Allerdings ist das System der Bildungs- und Teilhabegutscheine dafür nicht praktikabel und außerdem ein System, das von einem Misstrauen und mangelnder Wertschätzung gegenüber armen Familien geprägt ist. Eine echte Kindergrundsicherung kann dazu beitragen, dass sich die Haltung gegenüber Kindern, Jugendlichen und Eltern in sozial prekären Lebenslagen ändert. Die allermeisten Eltern verzichten lieber selbst, um ihren Kindern ein Leben in Normalität zu ermöglichen. Gut belegt ist, dass das Geld, welches Kindern zusteht, in den allermeisten Fällen auch bei ihnen ankommt¹. Daher fordert der Kinderschutzbund die entsprechenden Teile des sogenannten Bildungs- und Teilhabepakets, die die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben ermöglichen sollen, in den Leistungsumfang der Kindergrundsicherung zu überführen. Gutscheine sind nicht die Lösung, um Teilhabe zu ermöglichen.

Der Kinderschutzbund begrüßt die Fortschreibung des Perspektivschul-Programms, weil Schulen in Sozialräumen mit besonderen Herausforderungen mehr Unterstützung benötigen. Trotzdem ist dies nur ein kleiner – wenn auch guter – Baustein eines chancen- und bedarfsgerechten Umfelds. Kinder müssen das Glück haben, im Einzugsgebiet einer Perspektivschule zu wohnen, um überhaupt davon zu profitieren.

ECKPUNKTE EINER ECHTEN KINDERGRUNDSICHERUNG

Der Kinderschutzbund nimmt wahr, dass in der politischen und öffentlichen Diskussion kein einheitliches Verständnis über die Ausgestaltung der Kindergrundsicherung besteht und skizziert daher im Folgenden kurz wesentliche Eckpunkte einer Kindergrundsicherung, die Kinderarmut abbauen kann:

Kein Kind soll weniger haben als bisher, aber besonders arme und armutsgefährdete Haushalte – z.B. Alleinerziehende; Familien, bei denen das Geld trotz Arbeit nicht reicht – sollen deutlich bessergestellt werden.

Im Grundprinzip sollen möglichst viele Leistungen zusammengeführt und automatisch ausgezahlt werden. Der Kinderschutzbund bevorzugt als Mitglied im Bündnis Kindergrundsicherung

¹ Siehe z.B. Stichnoth, H. et al. (2018): Kommt das Geld bei den Kindern an? ZEW und Bertelsmann Stiftung.

das Modell einer Kindergrundsicherung, welche sich aus dem Betrag für das sächliche Existenzminimum sowie den Freibetrag für Betreuung, Erziehung aus Ausbildung zusammensetzt. Dieser Betrag wird mit steigendem Elterneinkommen auf bis zu 354 Euro abgeschmolzen. (Dies entspricht der maximalen Entlastung über den Kinderfreibetrag – So viel sind dem Staat also Kinder gutverdienender Eltern wert.) Eine echte Kindergrundsicherung ist somit sozial gerecht. Bei jeder Familie kommt so viel Geld an, wie für die Kinder notwendig ist.

Familienleistungen (pauschal bemessene Transfers) müssen gebündelt und einfach zu beziehen sein

Aktuell sind viele Leistungen schlecht aufeinander angestimmt; Familien kennen die einzelnen Leistungen nicht oder wissen nicht, dass sie anspruchsberechtigt sind. Die Kindergrundsicherung soll die vielen bestehenden Leistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Kinderfreibetrag, etc. oder auch Bürgergeld für Kinder ersetzen und diese in einer einzigen Leistung bündeln.

Die Leistung kommt automatisch

Heute ist es oftmals sehr aufwändig, Anträge für Leistungen zu stellen. Der Kinderschutzbund fordert eine möglichst automatisierte Kindergrundsicherung. Wenn die zukünftige Kindergrundsicherungsstelle nach der Geburt eines Kindes auf vorliegende Daten zugreifen könnte, würden automatisch Anspruch und Höhe geprüft. Im Optimalfall würden Eltern einfach – ohne weitere Stellen ansteuern zu müssen – eine Kindergrundsicherung direkt aufs Konto erhalten.

Ungerechte Familienförderung beenden

Der Zustand, dass Kinder gutverdienender Eltern durch das Steuersystem eindeutig bevorzugt werden, ist für uns nicht tragbar. Mit der Kindergrundsicherung sollte zukünftig auch für andere Kinder das Niveau angehoben werden.

Die Höhe der Leistung ist entscheidend

Die Höhe der Leistung muss so bemessen sein, dass sie Kinderarmut auch wirklich verhindert und eine echte Teilhabe von Kindern ermöglicht. Der Betrag muss ausreichen – unabhängig von der Familienkonstellation.

Gern stehen wir für weitere Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Irene Johns

Landesvorsitzende

Matthias Hoffmann

Stellv. Landesgeschäftsführer